

2003/J XX.GP

des Abgeordneten Anschöber, Freundinnen und Freunde
an den Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr
betreffend OÖ Verkehrsverbund

Nach jahrelangen Vorbereitungen läuft seit kurzem in Oberösterreich der Verkehrsverbund mit den üblichen Anfangsschwierigkeiten, jedoch mit ernststen Finanzierungsproblemen im Hintergrund.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr folgende schriftliche

ANFRAGE: -

- 1 . Welche Informationen bezüglich Finanzierung des Verkehrsverbundes in den Jahren 1996, 1997 und 1998 liegen dem Verkehrsminister derzeit vor?
2. Welche Summen flossen insgesamt bis zum Anlaufen des Verbundes in die Vorbereitung des Verbundes?
- 3 . Besitzt der Verkehrsminister Informationen über die Absicht einzelner OÖ Gemeinden, wegen des beanspruchten Beitrages zum Verkehrsverbund, den Weg zum Höchstgericht zu gehen? Wenn ja, welche?
4. Ist es richtig, daß die ESG nun mit dem Ausstieg aus dem Verkehrsverbund droht? Wenn ja, mit welchen Argumenten?
- 5 . Welche Informationen besitzt der Verkehrsminister über die derzeitige Situation der Abgeltungen der Schülerfreifahrten? Welche konkreten Forderungen liegen hier etwa seitens der Linzer ESG, als Beispiel für viele andere österreichische Verkehrsunternehmen vor, und welche konkreten Zusagen wurden seitens Verkehrsministerium , bzw . Familienministerium bis dato gemacht?
6. Strebt der Verkehrsminister langfristig die Errichtung eines österreichweiten Verkehrsverbundes an? ,

7. Grundbedingung für die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs ist ein österreichweites Nahverkehrsfinanzierungsgesetz, das bereits laut Parlamentsbeschluß bis Ende 1994 erstellt werden hätte sollen, aber bis dato fehlt. Liegen dazu konkrete Entwürfe vor? Wenn ja, welche, in welchem Wortlaut? Existieren Verhandlungen mit den Ländern und Gemeinden, sowie den Verkehrsunternehmungen? In welchen Bereichen gibt es Einigungen und in welchen existieren gravierende Probleme? Ist auch neben den Mitfinanzierungsnotwendigkeiten von Bund, Ländern und Gemeinden an zusätzliche verkehrspolitische Abgaben, bzw. Einnahmen gedacht - etwa in Richtung einer Supermarktabgabe?
8. Wann wird endgültig seitens des Ministeriums das Nahverkehrsfinanzierungsgesetz vorgelegt?